



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Sekundärmigration unterbinden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU- Ebene unverzüglich dafür einzusetzen, dass

- in einem europäischen Staat anerkannte Flüchtlinge in Deutschland nicht noch einmal Asyl beantragen können,
- visumfreies Reisen innerhalb Europas für anerkannte Flüchtlinge ausgesetzt wird,
- anerkannte Flüchtlinge eines anderen EU-Staates, die sich länger als 90 Tage in Deutschland aufhalten oder hier erneut Asyl beantragen, unverzüglich in das Land der Anerkennung rückgeführt werden und
- keine weiteren Flüchtlinge aus Griechenland aufgenommen werden.

Begründung:

Nach Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge haben allein im Januar und Februar 2021 über 2 100 Menschen in Deutschland Asyl beantragt, obwohl sie in Griechenland bereits als Flüchtlinge anerkannt waren. Auch die Bundespolizei erkennt einen gewissen „Pull-Faktor“ von Flüchtlingen aus Griechenland, der vor allem durch eine Entscheidung des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts entstanden sei, welches festgestellt habe, dass Flüchtlingen eine „erniedrigende und unmenschliche“ Behandlung in Griechenland drohe. Vor allem aus griechischen Flüchtlingslagern ist derzeit eine Wanderungswelle in Richtung Deutschland zu beobachten – außerhalb der zugesagten Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen. Neben der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts trägt vor allem dazu bei, dass anerkannte Flüchtlinge innerhalb Europas visumfrei reisen können und sich bis zu 90 Tage pro Halbjahr in einem anderen Land aufhalten dürfen. Dies führt aktuell zu einer ungewollten Sekundärmigration, gegen die die Bundesregierung kaum etwas unternimmt. Die Rückführungszahlen sind einstellig.

Die Staatsregierung ist deshalb gefordert, sich im Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass Sekundärmigration in der sich anbahnenden Form unverzüglich unterbunden wird. Dazu ist das visumfreie Reisen sofort auszusetzen. Zudem soll es unmöglich gemacht werden, dass bereits in einem anderen EU-Staat anerkannte Flüchtlinge in Deutschland noch einmal Asyl beantragen können. Wer dies tut oder sich länger als 90 Tage in Deutschland aufhält, soll unverzüglich in das Land rückgeführt werden, in dem seine Anerkennung als Flüchtling ausgesprochen wurde. Zudem soll die humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland eingestellt werden. So soll auch ein klares Signal gesendet werden, dass Deutschland es nicht akzeptiert, dass Griechenland mutmaßlich Flüchtlinge anerkennt, aber vorsätzlich auf die angemessene Versorgung verzichtet, um so ein Weiterreisen indirekt zu forcieren.